

# Ogi verteilt Flaschen : präsidiale Restenverwertung in Bern

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-598831>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

So kann es nicht gemeint sein:

## Nur zehn Sekretäre?

Ungeheuerliches steht der Schweiz bevor. Eine Kommission des Ständerats gab die Initiatorzündung, die in der Landesregierung unweigerlich zu einem abgrundtiefen Zerwürfnis führen wird. Bekanntlich schlägt der Bundesrat in der Regierungsreform vor, die Zahl der für die sieben Departemente zu rekrutierenden Staatssekretäre auf maximal 21 auszuweiten. 21 Starbeamte vom Kaliber eines Blankart, das ist der Ständeratskommission aber eindeutig des Guten zueil. Eine solche Pfauen-Meute würde nicht nur Unsummen von Geld verschlingen, sondern zudem die Landesregierung publicitymässig ohne weiteres an die Wand drücken. Was um Himmels willen haben sich die Ständeräte aber gedacht, als sie sich für einen Plafond von zehn Staatssekretären entschieden? Diese Zahl lässt sich bei bestem Willen nicht durch sieben teilen. Der Streit um die drei «Restmandate» ist bereits eröffnet. Auf dem Jahrmärkte der Eitelkeiten droht ein höchst brutaler Kampf, und das biederte

Morgenröte in Nidwalden oder:

## Götterdämmerung am Wellenberg

Weil sich das Nidwaldner Volk gegen das Haarrückverfahren der Nagra am Wellenberg gewehrt hat, soll nun das demokratische Mitspracherecht der Bürgerinnen und Bürger beim Bau von Atommüll-Lagern in der ganzen Schweiz beschnitten werden.

Mit der Teilrevision des Atomgesetzes hat der Bundesrat ganz klar ein Exempel statuieren wollen. «So geht es nicht», lautet

Fussvolk kann nur hoffen, dass die Regierung nach den ersten schmerzhaften Scharmützeln doch noch die Kurve kriegt: Dass vier der sieben Eminenzen aus freien Stücken auf den zweiten Staatssekretär verzichten

oder aber dass sich das Gesamtkollegium dazu durchringen kann, die drei überzähligen Staatssekretäre als Springer einzusetzen, die einmal diesem und ein anderes Mal jenem Bundesrat die Mappe tragen dürfen.



Besuch aus China

Ogi verteilt Flaschen:

## Präsidentiale Restenverwertung in Bern

Mangel an Präsidenten kennt das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement keinen Kaum: Ist Dölf Ogi nicht mehr Bundespräsident, sitzt mit Jost Koch – erneut einmal aus dem Departement – auf einem Präsidentenstuhl: Der Sektionschef Umwelt und Forschung im Bundesamt für Strassenbau ist vergangene Woche zum neuen Vorsitzenden des Berner Stadtparlamentes gewählt worden.

Wie bei solchen Gelegenheiten üblich, kreuzen bei der Wahlfeier jeweils die Chefs auf, meist mit einem sinnvollen Geschenk, das entweder einiges über den Spender oder über über

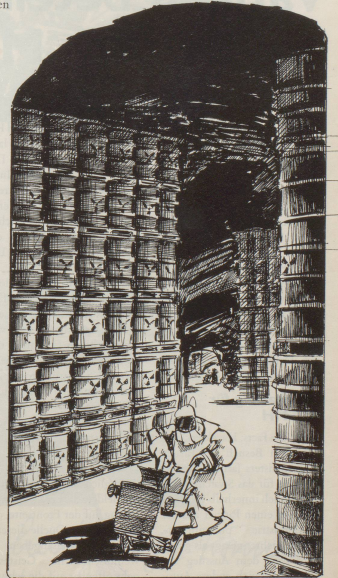
Auch nachdenken nur mit Volkes Segen?

## Auf dem Weg zur Superdemokratie

Die Schweizer Demokraten (SD) werden ihrem Namen immer mehr gerecht. Für sie ist es ein Greuel, dass das Volk erst nach gewalteten Entscheiden das letzte Wort hat. Nein, der Souverän soll künftig schon ganz am Anfang mitreden können, und solange das nicht geschehen ist, hätten unsere Behörden gefälligst gar nichts zu tun. In einer Initiative wird auch gleich verdeutlicht, wie das zu geschehen hätte. Der Bundesrat darf, so der beherzigenswerte Gedankengang der SD-Leute, erst dann mit der EG in Verhandlungen treten, wenn er zuvor das Volk um Erlaubnis gefragt hat. Diese Idee ist so gut, dass sie umgehend auch auf andere Ressorts ausgeweitet werden müsste, auf dass es endlich Schluss wird mit dem ebenso einsamen wie eigenmächtigen Walten der Obrigkeit. Zu regie-

ren wäre nur noch auf der Grundlage einer Stichwortliste, die von A wie AHV bis Z wie Zivildienst reichen kann. Bevor aber nur ein mittelmässig bezahlter Beamter – geschweige denn ein Bundesrat – das Hirn einschaltet, wären die einschlägigen Themen dem Volk zur Begutachtung zu unterbreiten. Diese sich erst schemenhaft abzeichnende Superdemokratie hat nur einen

Haken: Was sollen der Bundesrat und das Beamtentum tun, solange sie vom Volk nicht die Ermächtigung erhalten haben, auch nur ein bisschen nachzudenken? Vorschlag: Den SD unter die Arme greifen, damit diese es bei künftigen Initiativen auf etwas mehr als knapp über 100.000 Unterschriften in 18 Monaten bringen.



Die Demokratie auf dem Weg zum Endlager im Wellenberg